

18. Parteitag der DKP - 23. - 24- Februar 2008
Schlussfolgerung aus den Protesten gegen die Sicherheitskonferenz

Emmi Menzel, München

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich komme aus München, wo vorletztes Wochenende die 44. sog. Sicherheitskonferenz tagte, und wo wir als Höhepunkt der Gegenveranstaltungen eine Demo mit 7.000 Teilnehmern erlebten.

Auf dieser Kriegstagung ging es vor allem um Afghanistan, das für sie zu einem Desaster zu werden droht. Die US-Regierung verlangt von ihren Verbündeten, insbesondere von Deutschland, mehr Geld und mehr Soldaten.

Das Motto der „Sicherheitskonferenz“ war: *„Die Welt in Unordnung - veränderte Machtverhältnisse - fehlende Strategien“*. Es kristallisiert sich heraus, dass eine der Strategien, mit der die Macht und Ordnung des Imperialismus in der Welt aufrecht erhalten werden soll, ein koordinierteres Vorgehen von USA und EU sein wird.

Angela Merkel geht es darum, ein gutes Verhältnis zu den USA zu pflegen. Und sie weiß, wenn die Bundesregierung ein paar Soldaten im Krieg in Afghanistan opfert, dann ist sie bei ihren US-amerikanischen Freunden besser angeschrieben. Da macht es auch nichts, wenn unter dem Schutz der NATO der Opiumanbau und die Korruption blühen und sogar Generäle sagen, dass dieser Krieg für die NATO nicht zu gewinnen ist.

Der einflussreiche Sicherheitsberater der US-amerikanischen Demokraten, Brzezinski, schrieb im Vorfeld der Sicherheitskonferenz in der Süddeutschen Zeitung: *„die Europäer müssen sich militärisch stärker engagieren“* und die USA müssen *„Alleingänge aufgeben und Europa mehr in die Entscheidungsprozesse einbinden“*. Denn: *„Europäische Außenpolitik kann nur in Partnerschaft mit amerikanischer Außenpolitik global an Bedeutung gewinnen. Umgekehrt ist auch eine erfolgreiche amerikanische Außenpolitik nur in Verbindung mit europäischer Außenpolitik denkbar.“* (SZ, 51,1,2008)

Soweit Brzezinski. (Dessen bevorzugter Kandidat übrigens OBAMA ist – nur, damit niemand Illusionen hegt.)

Aber diese Linie wird sich auch durchsetzen, wenn die Republikaner das Weiße Haus verteidigen können. Der Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Mc Cain, schrieb in einem Artikel zur Sicherheitskonferenz: *„eine meiner obersten Prioritäten wird sein, die transatlantische Partnerschaft zu beleben. ... Um den Herausforderungen gerecht zu werden, begrüßen Amerikaner den Aufstieg einer starken EU. ... Wir brauchen eine gemeinsame Linie des Westens ... Amerikas Führungsrolle ist wichtig, aber um ein guter Anführer zu sein, muss es ein guter Verbündeter sein.“* (SZ, 8.2.2008)

Offensichtlich ist die Zeit vorbei,

- da die USA die Pläne einer EU-Armee als gegen die USA gerichtet sahen;
- und auch die EU hat eingesehen, dass nur an der Seite der USA die eigenen Interessen in der Welt gewahrt werden können.

Selbst Frankreich - sagt Sarkozy - überlegt, in die militärische Struktur der NATO zurückzukehren.

Der globale Kapitalismus hat die Weichen auf permanenten Krieg gestellt.

Es ist geradezu absurd, in dieser Situation, nur eine „Offensive des deutschen Großkapitals“ und des „deutschen Imperialismus“ zu sehen und die Reduzierung auf Betrieb und Kommune vorzuschlagen - so wie es der Antrag 02, die sog. Handlungsorientierung tut.

Das Anliegen der „Handlungsorientierung“ ist der Rückzug der Partei auf ihre eigene Struktur, auf ihre Parteigruppen, auf ein Sendungsbewusstsein der Partei, und: auf den Kampf im Rahmen des ‚Nationalstaates‘. Die Politik der DKP wird reduziert auf soziale Interessenvertretung in Betrieb und Kommune.

Einer der wesentlichen Unterschiede in den beiden Konzeptionen liegt im Verhältnis der DKP zu den gesellschaftlichen Bewegungen, wobei die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaftsbewegung stets als außerhalb der Bewegungen betrachtet wird.

In unserem Parteiprogramm haben wir aber wie folgt formuliert: „Die DKP geht davon aus, dass der Sozialismus das gemeinsame Werk all der Menschen sein wird, die das Ziel einer von der Herrschaft des kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, deren politische und weltanschauliche Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden mögen... Es ist darum nicht mehr nur die Arbeiterklasse, die auf Grund ihrer Klassenlage ein objektives Interesse am Sozialismus hat. Andere gesellschaftliche Kräfte können aus unterschiedlichen Gründen zu der Einsicht gelangen, dass der Kapitalismus durch den Sozialismus überwunden werden muss.“

Die Arbeiterklasse begreift immer mehr, dass sie in ihrem Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen nicht mehr nationalen Kapitalen gegenübersteht, sondern internationalisierten Konzernen. Ein gutes Beispiel dafür ist NOKIA, das in der medialen Propaganda als finnischer Konzern dargestellt wird. Dabei sind mehr als die Hälfte der Aktien in der Hand US-amerikanischer Investoren, nur 9 % der Aktien in finnischer und etwa ebenso viele Prozent in deutscher Hand. Diese Konzerne haben Standorte rund um den Globus, und sie können die Belegschaften so lange gegeneinander ausspielen, wie es nicht gelingt eine grenzüberschreitende Gegenmacht aufzubauen.

Die Friedensbewegung weiß, dass die Kriegseinsätze nicht, wie vorgegeben, aus humanitären Gründen, sondern aus energiepolitischen und also machtpolitischen Gründen geführt werden, und auch die Aktionäre der Rüstungsindustrie mächtig daran verdienen.

Die Umweltbewegung erkennt, dass die Kriege um die Ressourcen geführt werden, dass die Höchstprofite der internationalen Öl-, Gas- und Automobil-Konzerne eine Umorientierung auf umweltverträgliche Energien (und damit meine ich nicht die Rodung der Regenwälder für den Rapsanbau etc.), dass also diese Konzerne eine Orientierung auf eine andere Lebensweise in den reichen Ländern mit aller Macht verhindern.

Die Bewegung gegen die Bahnprivatisierung zeigt den Menschen die Konsequenzen der Verschleuderung gesellschaftlichen Eigentums auf und knüpft an die Erfahrungen aus der Privatisierung der Post an.

Die Kampagnen von attac gegen die Privatisierung des Wassers, und für die Enteignung der Energiekonzerne zeigen, dass der Diskussionsprozess schon weit fortgeschritten ist, dass die Eigentumsverhältnisse und die Macht der Multis thematisiert werden.

Alle diese Bewegungen sind weder von der DKP initiiert oder dominiert – aber in allen diesen Bewegungen arbeiten unsere aktivsten Genossinnen und Genossen mit, stärken die Aktion und helfen, Einsichten zu vermitteln.

Ich wage zu sagen: wenn zwei unserer aktivsten Genossen in München nicht jahrelang all ihre Kraft in das Bündnis gegen die NATO-Kriegskonferenz einbrächten, dann sähen die jährlichen Demonstrationen im Februar anders aus, dann stünden wir – wie in den 70er und 80er Jahren das der Fall war – mit einigen Dutzend Leuten vor dem Konferenzgebäude!

Die Aktionen um Heiligendamm gegen die G 8, die jährlichen Demos gegen die NATO-Kriegskonferenz in München waren deshalb erfolgreich, weil die verschiedenen Abteilungen der Bewegungen immer mehr zusammenstehen, in der Erkenntnis, dass die G8 und die NATO zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Und dass es um die Interessen der Multis geht.

So wie wir in den parlamentarischen Kampf gemeinsam mit anderen linken Kräften eintreten, so führen wir den außerparlamentarischen Kampf gemeinsam mit der Gewerkschafts- und den anderen gesellschaftlichen Bewegungen.

Die Partei ist der Ort, an dem wir uns theoretisch weiterbilden, an dem wir uns austauschen und fit machen für den außerparlamentarischen Kampf.

Aber allein als Kommunisten können wir den außerparlamentarischen Kampf weder erfolgreich führen noch gewinnen.